

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

Japans Konjunkturprogramm

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holthus, Manfred (1978) : Japans Konjunkturprogramm, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 9, pp. 426-427

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135226>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Japans Konjunkturprogramm

Nach der Bundesregierung hat nun auch das japanische Kabinett durch Kiichi Miyazawa, den Planungsminister, seine Vorstellungen verkünden lassen, wie die auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel eingegangenen Versprechungen gehalten werden sollen. Eile war inzwischen geboten, signalisierten doch die Wirtschaftsdaten für das erste Quartal des laufenden Fiskaljahres, daß ohne weitere Ankurbelungsmaßnahmen das reale Wirtschaftswachstum wohl um 2% hinter den in Bonn zugesagten 7% zurückbleiben werde. Außerdem deutete der Besuch des deutschen Wirtschaftsministers in Tokio an, daß man in Bonn die Interessenabstimmung nicht in Vergessenheit geraten lassen wollte.

Was die japanische Regierung am 2. September beschlossen hat, hört sich imponierend an. Mit einem Investitionsprogramm in Höhe von gut 25 Mrd. DM soll die Inlandsnachfrage ausgeweitet werden. Allein 8,4 Mrd. DM sollen dem Wohnungsbau dienen, weitere 8,3 Mrd. DM sind für den Straßenbau, die Erosions- und Überschwemmungssicherung, den Hafenausbau, die Abwasseranlagen und die landwirtschaftliche Infrastruktur vorgesehen. Zur Finanzierung entsprechender Vorhaben erhalten die Gemeinden und Provinzen noch einmal 3,2 Mrd. DM, und auf den Ausbau von Schulen, Universitäten und Krankenhäusern entfallen 2,6 Mrd. DM. Außerdem sollen 2,5 Mrd. DM in noch nicht näher bezeichnete Programme investiert werden. Japans Kabinett setzt also im Gegensatz zur Bundesregierung auf eine Ausgabensteigerung. Doch das letzte Wort ist darüber noch nicht gesprochen, denn auch im japanischen Parlament treten einflußreiche Kreise für Steuererleichterungen in Höhe von mindestens 10 Mrd. DM ein.

So sehr die Erhöhung der Wachstumsrate auch im nationalen Interesse liegt – selbst 7% sind noch weit weniger als das, woran sich die japanische Wirtschaft bis in die 70er Jahre gewöhnt hatte –, auf dem Weltwirtschaftsgipfel hatten die westlichen Industrieländer mehr die internationalen Effekte dieses Wachstums im Sinn. Abgebaut werden soll vor allem der Außenhandelsüberschuß, der 1977 die Rekordhöhe von 17,3 Mrd. \$ erreichte und bei den anderen Ländern entsprechende Defizite verursachte – allein 5 Mrd. \$ im Handel mit der EWG. Daher hofft die westliche Welt, eine Wachstumsbelebung durch Nachfragesteigerung bei ihrem fernöstlichen Partner werde auch dem Absatz ihrer Erzeugnisse zugute kommen. Das ist um so mehr zu erwarten, als Japan Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die Einfuhr kräftig liberalisierte und noch vor dem Bonner Gipfel ein „Acht-Punkte-Programm“ zum Abbau des Handelsüberschusses verkündete, in dem Zollsenkungen von 20% auf Industriegüter und von 10% auf Agrarerzeugnisse enthalten waren. Damit liegen die japanischen Zölle nur noch wenig über dem EWG-Niveau. Und auch bei den quantitativen Restriktionen braucht Ministerpräsident Fukuda einen Vergleich mit den westlichen Industrieländern nicht zu scheuen.

Es bestehen jedoch berechnete Zweifel daran, daß alles wie erhofft laufen wird. Sicher wird auch Japan mit der Belebung der Inlandsnachfrage mehr importieren. Doch wie in den vergangenen Konjunkturzyklen werden es hauptsächlich Rohstoffe sein. Denn Japans Außenhandelsbeziehungen sind im Gegensatz zu denen der europäischen Industrieländer vorwiegend komplementärer Natur. Verglichen mit dem Industrialisierungsgrad müßte der Anteil von Fertigerzeugnissen am japanischen Import erheblich höher sein, als er zur Zeit mit knapp 21% ist. Bei der EWG z. B. sind fast 60% aller Einfuhren Fertigwaren. Länder, die wie die EWG

hinsichtlich der Ausstattung mit Rohstoffen Habenichtse sind, werden daher an den zusätzlichen Importen Japans nur wenig partizipieren. Eher besteht schon die Hoffnung, daß die Nachfragesteigerung die japanischen Firmen ein wenig vom Zwang befreit, exportieren zu müssen.

Zweifel der Japaner an der außenwirtschaftlichen Wirksamkeit der Globalsteuerung waren schon in Bonn in der Ankündigung Fukudas sichtbar geworden, Maßnahmen zu ergreifen, um die Exporte auf dem Vorjahresniveau einzufrieren. Noch deutlicher wird dies an den sogenannten Notimporten, die noch in diesem Fiskaljahr als flankierende Maßnahmen zum Konjunkturprogramm geplant sind. Finanziert aus den Devisenbeständen der Export-Import-Bank sollen zusätzlich angereiches Uran, Erdöl, Schiffe zur Lagerung von Rohstoffen sowie Flugzeuge im Wert von 8 Mrd. DM eingeführt werden. So hat denn Europa über den Airbus doch noch die Chance, ein größeres Stück vom Importkuchen zu erhaschen.

Die Schwierigkeiten der japanischen Regierung, die Fertigwarenimporte wünschgemäß zu erhöhen, ergeben sich aus dem traditionellen japanischen Distributionssystem. Am Beginn der japanischen Verteilungskette stehen für den ausländischen Exporteur zunächst die großen Handelshäuser. Allein die zehn größten von ihnen – wie Mitsubishi, Mitsui, Marubeni, Itoh, Sumitomo etc. – wickeln fast 60 % des gesamten Imports ab. Einen ebenso hohen Anteil haben sie auch an den Exporten. Diese Handelshäuser sind neben den Großbanken die Kristallisationspunkte riesiger – meistens vertikal konzentrierter – Konzerne. Dabei spielen jedoch im Gegensatz zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, als diese Firmen im Besitz von Familienverbänden waren, die kapitalmäßigen Verflechtungen keine entscheidende Rolle mehr, obwohl sie inzwischen häufig wieder bestehen. Persönliche Bindungen und Verbindungen sowie Loyalität sind zum Teil von größerer Bedeutung.

Bedingt durch die Verantwortung, die diese Handelshäuser für die mit ihnen verbundenen Produzenten zu übernehmen sich verpflichtet fühlen, neigen sie zum Bartern. Sie exportieren alles, was der Firmenverband produziert, aber sie importieren nicht gerade das, was den Mitgliedsfirmen Konkurrenz macht. Bevorzugte Importgüter sind somit in erster Linie benötigte, aber in Japan nicht vorhandene Inputs, d. h. Rohstoffe. Dieses Verhalten ist eine der wesentlichen Ursachen für die Tatsache, daß der Anteil an Fertigprodukten am japanischen Import so niedrig ist.

Nach dem Handelshaus folgt eine lange Kette von Großhändlern, Mittelsmännern und Einzelhändlern, deren Vielzahl dem Ausländer unnötig erscheint, weil er deren komplexe Funktionsweise nicht versteht. Drei oder vier Stationen zwischen Handelshaus (oder Produzent) und Einzelhändler sind keine Ausnahmeerscheinung. Dieses System datiert ins frühe 17. Jahrhundert zurück, als aus Handwerk und bürgerlicher Stadtbevölkerung die Kaufmannschaft hervorging. Und obwohl Japan nach dem letzten Weltkrieg zu einer der führenden Industrienationen emporwuchs, hat sich dieses System als bemerkenswert stabil erwiesen.

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich das japanische Distributionssystem in naher Zukunft ändern wird. Denn ein Teil der jährlich im Alter von 55 Jahren mit einer Abfindung aus dem Berufsleben ausscheidenden Arbeitskräfte übernimmt dann Verteilungsfunktionen für seine bisherige Firma. Daher verdoppelte sich die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte mit vier oder weniger Beschäftigten zwischen 1964 und 1976 auf 1,4 Mill., und im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Großhandelsgeschäfte vergleichbarer Größe von 106 000 auf 156 000. Beschäftigt waren 1976 bei den kleinen Einzelhändlern 3,5 Mill. und bei den Großhandelsgeschäften 5,6 Mill. Arbeitskräfte. Damit fungiert das Distributionssystem auch als Teil der japanischen Form sozialer Sicherheit.

Aus all diesen Gründen ist es für den europäischen Geschäftsmann schwerer, auf dem japanischen Markt Fuß zu fassen, als es Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in Anerkennung der japanischen Maßnahmen glaubt. Denn dazu bedarf es zunächst solch einer Absatzorganisation. Sie zu finden ist für einen europäischen Geschäftsmann aber nicht immer leicht, weil japanische Geschäftsleute eine Präferenz für japanische Partner haben, die sie seit Jahren kennen und die dieses System akzeptieren. Die japanische Regierung gesteht denn auch im soeben veröffentlichten neuesten Weißbuch über den Außenhandel ein, daß schnelle Importsteigerungen nicht zu erwarten seien, weil dazu erst die Wirtschaftsstruktur geändert werden müsse.